

Volksblatt

Wahl
Sozialdemokraten
Liste 2

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Saalkreis

Das „Volksblatt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ für gewerkschaftlichen und demokratischen Organisations- und sonstigen Zweck. Verleger: Dr. G. W. Müller, Halle a. S., Postfach 1000. Druck: Dr. G. W. Müller, Halle a. S., Postfach 1000. Preis: 15 Pfennig. Einzelnummer: 15 Pfennig. Abonnement: 4,50 Mark. Ausland: 6,00 Mark. Postamt: Halle a. S., Postfach 1000. Druck: Dr. G. W. Müller, Halle a. S., Postfach 1000.

Belegpreis monatlich 1,50 und 0,20 RM. Subskriptionspreis: 1,50 RM. für 10 Hefen. Einzelnummer 15 Pfennig. Abonnement: 4,50 Mark. Ausland: 6,00 Mark. Postamt: Halle a. S., Postfach 1000. Druck: Dr. G. W. Müller, Halle a. S., Postfach 1000.

Das Gesicht aller Diktatoren! / Ob Hitler, Thälmann oder Barone — sie mißachteten Volksrechte!

Fort mit Dapen! Werbt für Liste 2!

Die von den Nazis an die Macht gebrachte Adelsregierung sagt: Beamte sind nur Objekte der Gesetzgebung! Die „nationale“ Regierung läßt die Massennot ins Grenzenlose wachsen / Die Neubelastungen

Der Leipziger Spruch

Der Reichspräsident muß ihn vollstrecken

Das Kabinett der Barone und seine Kommissare in Preußen stellen sich im Herr v. Papen nach dem Stützpunkt nicht in Berlin, sondern zur Jagd bei Barmen in Bitterfeld.

„An den Kreisen der Papen-Regierung und seiner ausführenden Organe in Preußen zeigt sich kein feineres Gefühl, kein feineres Verstandesvermögen, kein feineres Gefühl, kein feineres Verstandesvermögen, kein feineres Gefühl, kein feineres Verstandesvermögen.“

„An den Kreisen der Papen-Regierung und seiner ausführenden Organe in Preußen zeigt sich kein feineres Gefühl, kein feineres Verstandesvermögen, kein feineres Gefühl, kein feineres Verstandesvermögen.“

Als die Gewerkschaften sich am vorkrieglichen Mittwochs mit dem Wirtschaftsplan der Regierung auseinandersetzen und vor allem gegen den notverordneten Lohnabbau protestieren, weisen sie dem Reichspräsidenten die Verantwortung zu sprechen. Er hatte auch am verflochtenen Sonntag, an dem die Berliner Arbeiter sich versammelten, um die Gewerkschaften zu unterstützen, die Gewerkschaften zu unterstützen, die Gewerkschaften zu unterstützen.

Die Gewerkschaften hatten Herr von Papen keine Zeit. Mit Recht sagt man deshalb heute im Lande, daß für die „Gewerkschaften“ keine „Staatshilfe“ des Herrn von Papen der Staatsbürger erst bei dem Kaiserreich beginnt. Gegenüber dem Reichspräsidenten hat man auf die Karte, man habe keine Zeit, geschrieben. Den Vertretern des Reichspräsidenten, die die Einladung an die

Regierung überbrachten, hat der Reichspräsident nicht geantwortet, daß es sich für eine autoritäre Regierung nicht lohnte, an Beamten tagen. Jeder Beamte wird nach dieser Erklärung wissen, warum er ist und warum die Diktatur notwendig ist. Gegenüber der Regierung einrichtliche Vermittlung, daß dieser „Diktatur“ nicht mehr in unsere Zeit paßt. Viel ist am 4. November.

Ziel versprochen und wenig gehalten

Tranz von Dapen macht es genau so wie Hitler!

Der Hoffende der Baroneregierung bejweifelt sich dauernd über den Vorwurf, daß die Maßnahmen der Baroneregierung eine einseitige Begünstigung der Interessen der Adelsregierung. Dieser Vorwurf ist unbegründet, man wolle dem ganzen deutschen Volke helfen. Es geht schon eine große Portion Eigenlob und Überheblichkeit zu einer solchen Auffassung. Sieht doch jedermann, daß seit dem Antritt der Papen-Regierung alle neuen Steuern den unteren Volksschichten aufgebürdet wurden, aber alle Vorteile den oberen zugute kamen.

Die Politik der ungleichen und ungerechten Belastung der verschiedenen Volksteile ist man bisher treu geblieben. Entgegen dem ursprünglichen Zusage der Baroneregierung ist die Bürgersteuer für 1932 nachträglich gewaltig erhöht worden. Der einzelne Steuerpflichtige mußte etwa die Hälfte der schon entrichteten Bürgersteuer bezahlen, die Neubelastung insgesamt beträgt rund 100 Millionen! Die armen Volksschichten haben davon den allergrößten Teil auszubringen.

Die einseitige Ausbreitung der Bürgersteuer ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Barone, die Steuerlasten gerecht zu verteilen. Die Bürgersteuer ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Barone, die Steuerlasten gerecht zu verteilen. Die Bürgersteuer ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Barone, die Steuerlasten gerecht zu verteilen.

Die SPD-Berräter

Ihr nationalsozialistischer Irrsinn

Unser Entschluß, das verwerfliche Charakter des Nationalsozialismus der SPD, hat bei der kommunistischen Zentrale Deutschlands hervorgehoben. Aber noch gibt es zu bestreiten? Dem Irrsinnigen geht das Sozialistische der SPD, mit einem neuen Antrag konzentriert, den die Kommunisten im nächsten Reichstag stellen wollen und dessen erster Artikel lautet: „Der Berliner Vertrag wird sofort außer Kraft gesetzt und formal und nichtig erklärt.“

Die einseitige Ausbreitung der Bürgersteuer ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Barone, die Steuerlasten gerecht zu verteilen. Die Bürgersteuer ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Barone, die Steuerlasten gerecht zu verteilen. Die Bürgersteuer ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Barone, die Steuerlasten gerecht zu verteilen.

Die einseitige Ausbreitung der Bürgersteuer ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Barone, die Steuerlasten gerecht zu verteilen. Die Bürgersteuer ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Barone, die Steuerlasten gerecht zu verteilen. Die Bürgersteuer ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Barone, die Steuerlasten gerecht zu verteilen.

Die Sozialdemokratie fordert auf zur sozialistischen Aktion, die SPD aber zum nationalsozialistischen Handlung. Der Arbeiter ist kein Sozialist, er muß sich selbst mit der Sozialdemokratie!

Hand in Hand mit dieser politischen Niederlage der Barone geht die moralische Niederlage. Das Borgehen gegen Brauen ist begründet worden auf Artikel 48 Abs. 1, und zwar vornehmlich und in erster Linie. Unter dem Vorwand der Pflichtverletzung durch die preussische Staatsregierung ist man am 20. Juli in der eigentlichen Weise vorgegangen, so als ob es gälte, ein Einseitigkeit zu vollstrecken. Diese unzulässigen Methoden, die dem Borgehen das Ansehen empfindender Gewalttat gegeben haben, waren das Vorbild in der späteren Methoden der kommunistischen Ermordung, die nicht nur an sich nicht zulässig waren, sondern noch dazu das Gerippe brutaler Diktatur trugen.

Wenn die Tätigkeit der Regierung Papen von Tag zu Tag freier wird, so trägt sie sich die Schuld daran. Man hat entdeckt, daß Herr v. Papen Wolf Hitler ausfallen läßt. Das beste Beispiel dafür ist seine Ankündigung, er werde endgültig Gehör machen mit den banalen Erhöhungen der Steuern. Alle Schichten des Volkes seien steuerlich überlastet. Die Steuern dürften nicht erhöht, sie müßten ermäßigt werden.

Die Regierung Papen hat dieses Versprechen nicht gehalten. Das würde man die vielleicht noch verstehen haben, wenn sie das Versprechen gegeben hätte, notwendige im Interesse des ganzen Volkes unweigerlich Kosten ersparen zu werden. Aber nicht einmal davon kann die Rede sein. Die erste Zeit der Regierung Papen war die Notverordnung vom 14. Juni mit den dekretierten Unterhaltungsleistungen für Arbeitslose, Sozialrentner und Kriegsbeteiligte. Diese Notverordnung enthielt aber eine Erhöhung der Steuerlasten für die Organisationsleiter, deren Vermögensumlage um volle 100 Millionen herabgesetzt wurde.

Gerade im moralischen Punkte aber bedarf das Urteil von Leipzig dringend der sofortigen Vollstreckung. Das Kabinett der Barone hat den Reichspräsidenten in eine überaus schwierige Lage gebracht, als es ihm ein Borgehen gegen Brauen vorschlug, das rechtlich und moralisch unbegründet war, und als es die Verhandlung des Reichspräsidenten vollstreckte in Form, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofs auf das Schmerzte verurteilt worden sind. Das Kabinett der Barone stellt sich bei.

Der Hand des Reichspräsidenten liegt es nun, einen Schritt unter diese Methoden zu ziehen. Für ihn handelt es sich nun darum, der preussischen Staatsregierung nicht nur Recht, sondern auch Billigkeit widerfahren zu lassen, und das zu veranlassen, was gegen sich die kommunistische Ermordung in Preußen und das Kabinett der Barone offenbar zu kränken scheinen. Daß der Reichspräsident den preussischen Staatsministern diese Billigkeit widerfahren läßt, ist schließlich eine selbstverständliche Amtspflicht.

Dieser Vorwand ist gründlich und endgültig zerbrochen. Weder politisch noch moralisch noch rechtlich läßt sich die Erklärung auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 noch verteidigen. Wenn die Methoden der kommunistischen Ermordung, so die nachträgliche Materialisierung, haben in der Begründung des Spruches von Leipzig eine moralische Beurteilung erfahren, die nicht stark genug unterdrückt werden kann.

Das Borgehen gegen Brauen ist begründet worden auf Artikel 48 Abs. 1, und zwar vornehmlich und in erster Linie. Unter dem Vorwand der Pflichtverletzung durch die preussische Staatsregierung ist man am 20. Juli in der eigentlichen Weise vorgegangen, so als ob es gälte, ein Einseitigkeit zu vollstrecken.





Eine ganze Familie in Gefahr

Eine Frau verläßt sich und drei ihrer Kinder mit Gas zu vergiften.
Heute in den Morgenstunden verläßt sich die Frau des im Städtischen Schlachthof angelegten Reichsamtlichen Schroeder in ihrer Wohnung in der Friedrichstraße mit ihren drei Kindern durch Gas zu vergiften. Das Verbrechen der Frau wurde von Hausbesuchern bemerkt, die die Polizei und die Feuerwehr in Kenntnis setzten. Beide drangen in die Wohnung ein und fanden

die Frau und ihre drei Kinder bewußtlos auf. Die Frau wurde mit dem Krankenwagen der Feuerwehr der Reichsamtlichen Klinik zugeführt, die Kinder nach dem Diafonisensatz gebracht. Während die Frau noch nicht außer Lebensgefahr ist, geht es den Kindern schon erheblich besser.
Der Grund zu der unglückigen Tat, die belnappe eine gesunde Familie angegriffen hätte, sind Familienverhältnisse. Die Frau ist 20 Jahre jünger als der Mann. Vor einem als Malo diesmal nicht in Frage, da Schroeder in Arbeit steht.

Fünf Kommunisten wegen Hochverrats verhaftet

Von Beamten der Landesermittlungsstelle Halle wurden in Eisen 9 Personen verhaftet unter dem Verdacht Handen, in der Nacht 18. Juni das Gelände der Hüb. auf dem am 18. Juni eine Reichswehrkompanie Übungen abhalten sollte, mit Handzetteln hochverräterischen Inhalts besetzt zu haben. Außerdem wurde ihnen zur Last gelegt, eine Wahlerklärung, durch die die Kompanie marschieren sollte, mit Inziffern besetzt zu haben, deren Inhalt ähnlich dem der Handzettel war. Vier der Verhafteten wurden nach ihrer politischen Vernehmung wieder entlassen, während fünf Eisener Kommunisten in das Verhaftungsgefängnis nach Halle gebracht wurden. Im Verlaufe der Ermittlungen wurden, wie der Polizeibericht meldet, bei einem bei Kommunisten auch in der Geschäftsstelle der SPD, Hausdurchsuchungen vorgenommen, in denen ein Abziehapparat beschlagnahmt, mit dem vermutlich die in Halle lebenden Geschäfte verhaftet worden sind.

Das nennt man „ankurbeln“

Die Zahl der Arbeitenden erfährt ein Betrag des Bundesarbeiterrates Mitteldeutschland in der ersten Oktoberhälfte fast keine Veränderung. Während am 30. September 450458 Arbeitende bei den Arbeitern vorkam, waren, hatte sich die Zahl dieses Personenzweiges am 15. Oktober um 419 Personen gehoben. Die Zahl der weiblichen Arbeitenden ist zwar gegenüber dem 30. September um 808 Personen zurückgegangen, dagegen hat die der männlichen Arbeitenden eine Zunahme um 1227 Personen erfahren.

Wahlkundgebung in Trotha

Freitag den 28. Oktober, 20 Uhr, spricht in einer öffentlichen Wahlkundgebung der Eisenen Front im Reichsbad, in Trotha Genosse

Landtagsabgeordneter Müller.
Alle Angehörigen der Eisenen Front aus Halle-Nord, Trotha, Giebichenstein und Kröllwitz müssen zu der Veranstaltung erscheinen. SAJ, Panzerkorps und Reichsbanner-Epikennamenszug werden mit.

Ortsbürgerversammlungen finden statt am Donnerstag, dem 27. Oktober, 20 Uhr: 1. Ortsbürger: Müllers Restaurant in Gröblich. 2. Ortsbürger: „Zum gemütlichen Feiern“, Kleine Brauhausstraße.

Sozialistische Jugendverbände

Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendverbände Halle teil mit: Der für Sonntag angeordnete Vortrag von Prof. Reichstein über „Jugend und Sozialismus“ findet nicht statt. Über den Termin des nächsten Vortrages wird noch entschieden.

Hunderte von Einspruchsfällen

Mißstände bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit

Nicht eigentümliche Gefühle beschleiden einen, wenn man der Wirksamkeit der Herrin „von“ zuseht. Und ganz besonders plastisch wird dieser Eindruck in den Verhandlungen des Spruchauschusses beim Reichsamt. Noch nach dem 1. September eingeleitet worden sind, dann ist auch der Spruchauschuss in die Entscheidungen der Fürsorgestellen gebunden, die — das ergibt sich bei jeder Verhandlung — ganz scheinbar ergeben. Krankheit, hohe Mieten, lang andauernde Arbeitslosigkeit von Familienangehörigen werden von den Fürsorgestellen nicht genügend berücksichtigt.

Die Folge dieser Fehlentscheidungen der Fürsorgeämter, die Folge der vielen, vielen Einsprüche der betroffenen Arbeitenden ist eine ungewohnte Belastung der Spruchauschüsse der Reichsämter. Jede Woche müssen mehrmals Verhandlungen angesetzt werden, um die Einsprüche zu

Bei seinem Antritt verlangte er von seinem neuen Arbeitgeber, daß dieser ihm jeden Tag zwischen 12 und 13 Uhr zum Zahnarzt gehen lasse. Er befand sich in Zahnbehandlung, die nicht unterbrochen werden dürfe, und der Arzt (übrigens auch ein „Bg.“) habe ihn ausdrücklich zu dieser Zeit befreit. Das Reichsamt hatte darin eine Sperre für 6 Wochen verhandelt. Das paßt dem Herrn natürlich nicht. Das Reichsamt hatte Ermittlungen angestellt, aus denen sich ergab, daß nach dem Befehlshaber des Regts. Selbsthans an dem von ihm angegebenen Tage überhaupt nicht zum Zahnarzt gehen konnte und erfahren war, sein Vordringen vor dem Spruchauschuss also nur seine Arbeitsanfrage betreffen sollte. Außerdem hatte er anlässlich einer anderen Vermittlung dem Vermittlungsbeamten erklärt: „Unter diesem System nehme ich keine Arbeit an!“ Die Unterbringung aber hatte er ohne große Beweismittel angemerkt. Der Spruchauschuss lehnte seinen Einspruch ab und erkannte, daß die Sperre für 6 Wochen

„Wahrig“ contra Hausangestellte.
Der Fall, wie er ungezählte Male beim Reichsamt vorkommt. Hausangestellte und Herr-

lebenden Falle. Streitpunkt die Frage, ob es richtiger ist, den Dienstag gleich nach dem Tag zu entfernen, oder ob es richtiger ist, den Tag erst mit dem Befehl aufzulassen, und dann mit dem nächsten Tag nachzugehen. Auch hier das Ergebnis: das Hausmädchen flug. Und zweifelhaft war, ob sie gegangen ist oder entlassen werden war. Die verhängte Sperre wurde dem Hausmädchen aufgegeben, da es sich nicht zweifelhaft feststellen ließ, wie sich der Fall zugetragen hat.

Arbeitslosenunterstützung bei früherer Beschäftigung im Betrieb des Vaters

Fräulein L. war in der Schneiderei ihres Vaters als Arbeiterin beschäftigt gewesen. Der Vater hatte ihr einen, wenn auch sehr geringen Lohn gezahlt und ihre Sozialbeiträge in der vorchriftsmäßigen Höhe entrichtet. Das Reichsamt hatte zunächst die Zahlung der Unterstützung abgelehnt mit dem Vermerk, es handle sich hier nicht um ein echtes Beschäftigungsverhältnis. In der Verhandlung ergab sich aber, daß ein solches doch vorlag. Der Vater hatte sich einer Höchstfrist bedienen müssen und hatte in diesem Falle nicht einen fremden Gehilfen, sondern seine eigene Tochter als Arbeiterin eingestellt. Der Antragstellerin wurde Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von 20 Wochen zugesprochen.

Weiterer Lohn erhält kein Arbeitslosen- und keine Arbeitslosenunterstützung

In diesem Falle lag der Sachverhalt scheinbar genau so. Ein Tischlermeister hatte seinen Sohn zunächst als Lehrling und dann als Tischlergehilfen in seiner Werkstatt beschäftigt. Er hatte ihm aber hier nur ein kleines Taschengeld gegeben, auch die Versicherungsbeiträge besetzt, obwohl sein Sohn als Weiterer Lohn nicht verdienensfähig war. Man hatte hier zunächst eine Unterstützung gezahlt, später bei einer Kontrolle aber festgestellt, daß der Empfänger als Weiterer Lohn gar nicht berechtigt zum Bezug der Unterstützung war.

Gegen die Aufforderung zur Rückzahlung hatte der Empfänger Einspruch erhoben. Nach einer eingehenden Beratung erging der Befehl des Spruchauschusses dahin, daß der Weiterer Lohn keine Unterstützung mehr erhalte, da er nicht bezugsberechtigt ist, daß er aber andererseits die bereits geleisteten Unterstützungsbeträge nicht zurückzahlen brauche, da ihm immerhin Berücksichtigung an der unbedingten Zahlung trifft.

Wahlplakate Epiphänen

In vergangener Nacht wurde in das Pianohaus Ritter in der Seigler Straße eingeschlagen und eine Anzahl Koffergeschosse und Werten eingeworfen. Die Täter wurden von einer Streife der Kriminalpolizei auf ihrer Flucht beobachtet, erkannt und heute morgen festgenommen.

Große Wahl-Kundgebung der Frauengruppe der SPD. Halle

Montag, den 31. Oktober 1932, 20 Uhr im „Volkspark“ Gegen Faschismus u. Reaktion Rednerin: Abg. Klara Böhm-Schuch Ferner Konzert, Sprechchor, Revueszenen und Vorführungen von Frauen-Tummlern.
Frauen und Männer der Eisernen Front, erscheint alle. :: Eintritt 20 Pfennig.



prüfen. Und was macht Herr Papen? Er vermindert die Zahl der Beisitzer der Spruchkammern, die sich aus dem Direktor des Reichsamtes und einem Vertreter der Arbeitnehmer und einem Vertreter der Arbeitgeber als Beisitzer zusammensetzen. Man will sparen! Wir sind nicht so hochhaft, die Summe zu nennen, die durch die Reduzierung der Beisitzer erspart wird. Abgesehen davon, daß durch die Verminderung der Zahl der Beisitzer in diesem Augenblicke den Spruchauschüssen bei der doch nun einmal vorhandenen Überlastung nicht geholfen wird, daß vielmehr das gerade Gegenteil erreicht wird. Aber das ist den Herren da oben ja gleichgültig. Der Arbeiter ist ja auf die paar Pfennige, die man ihm gönnt noch unzufrieden, ruhig warten. Die da oben, die haben ja genügend.

Bei Amtverhältnissen keine Rückzahlungspflicht

Der Arbeiterin C. war bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung die Rente nicht in Anrechnung gebracht worden. Sie hatte infolgedessen Unterstützung nach einem zu hohen Kontingent erhalten. Diese zuviel gezahlten Beträge sollten ihr nun von ihrer wöchentlichen Krankenunterstützung von 2,80 M abgezogen werden, und zwar wöchentlich 2 M. Sie hätte also mit 80 Pf. die Woche leben sollen. Auf ihren Einspruch hob der Spruchauschuss diese Entscheidung auf und stellte fest, daß Frau C. keinerlei Verbindlichkeiten trifft und daher eine Rückforderung der zuviel gezahlten Summe nicht in Frage kommt. Frau C. bezieht also weiterhin die Krankenunterstützung in der vollen Höhe von 2,80 M. Dieser Betrag ist noch insoweit besser vom Herrschaftsbüro ausreicht.

Razi arbeitet unter „diesem System“ nicht.

Der Landtagsabgeordnete Scheilhorn sollte bei einem Gärtner eine Ausschiffstelle annehmen.

schäft geraten aneinander, ein Wort gibt das andere und das Resultat ist, daß das Hausmädchen „flieht“. Wer die Schuld hat, läßt sich in den meisten Fällen, da die Zeugen fehlen, nicht feststellen. So auch in dem hier zur Verhandlung

Schlangenbändiger Papen

Seine „starke Hand“ rettet das Land?

An den Walfischjahren gewahrte man dieser Tage ein Plakat, bei dem man erst bei genauerem Zusehen entdeckte, daß es auf die Wahl Bezug nahm. „Eine starke Hand rettet das Land“ hieß die Unterschrift des Bildes, das das Kopfende von vier Schlangen zeigt, die von einer großen Faust gedrückt werden. Es ist nicht schwer zu erraten, daß die vier Schlangen die SPD, KPD, die Nazis und das Zentrum darstellen sollen. Die „starke Hand“ ist natürlich die unersetzlich gegenwärtigen Kabinettschefs Franz v. Papen.

Es ist ja nun nicht gerade geschmackvoll, politische Gegner mit Schlangenköpfen gleichzusetzen. Schon einmal wollte ja ein Reichstagsabgeordneter die politische Unbequemung „Schlange“ gerüden. Es war Wisniewski, der die „staatsgefährliche“ Sozialdemokratie unter ein Ausnahmemaß stellte, obwohl sie bei weitem nicht ihren Kampf in der Weite betrieb wie etwa heute die Kommunisten und Nazis. Todesopfer hat damals der politische Kampf überhaupt nicht gefordert. Aber je länger der Schlangenbändiger Wisniewski der „Schlange“ die Gabel ausstrecken laßt, um so mehr erlärte sie. Im Jahre 1881 war die sozialistische Wählerzahl 312.000, 1890 aber 1.437.000 Wähler lang.

So mußte selbst der „Eiserne Kanzler“ kapitulieren.

Und da denkt sein kleiner Nachfolger Franz v. Papen vier feste, ausdauernde Riesenschlangen, von denen die kleinste noch zehnmal so stark ist als das Kreuzworterden von 1881, mit seinen Händen gedrückt zu können. Dazu verwendet er noch einen falschen Schriftan. Auf dem Plakat kann man sehen, daß er viel zu tief anpackt, so daß die Schlangen noch immer Gelegenheit haben,

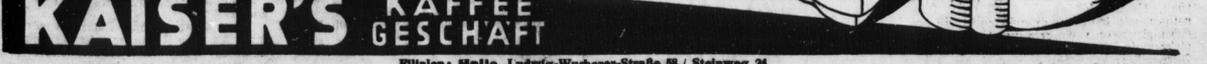
um sich zu beißen.

Durch das Plakat erregt man, daß 85 Prozent der deutschen Wähler „Schlangenzüchter“ sind, denn für die vier Gruppen stimmen am 31. Juli 31.688.790 Wähler. Wenn neuerdings bekannt wird, daß Herr v. Papen durch parteipolitische und Interessenten-Einflüsse zu seiner ihm zunächst gar nicht beschriebenen Kandidatenernennungspolitik gedrängt worden und damit rechtlich ungewissen ist, dann muß man schon fragen: Wie paßt das zu der auf dem Bilde dargestellten „starken Hand“, die hoch angeblich 100prozentig „antivollständig“ und von allen Parteien und Interessentenkreisen vollkommen unabhängig sein soll?

Herr Papen täte gut daran, seine „starke Hand“ schnellstens zurückzugeben, ehe die Schlangen sie beißen!

Ein Blick in unsere Fenster

zeigt Ihnen jetzt unsere schönsten Weihnachts-Bonbonnieren, die Sie leicht durch Kaiser's Weihnachts-Sparbuch erwerben. Ausserdem erhalten Sie 5% Rabatt. Viel Freude macht der Einkauf der guten und billigen Kaiser's Ergebnisse.



KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT

Filialen: Halle, Ludwig-Wucherer-Straße 55 / Steinweg 24



Alles um die Dittler

Dittler und der Generalstreik

Die SPD. wie in der Vergangenheit, haben zu klären, wenn sie den Generalstreik ausführen könnten.

Kauf Dittler am Abend des 20. Juli 1933 in Hamburg:

„Der Vorstand des SPD. ist jetzt gedrungen, den Generalstreik auszuführen. Keine 400000 M. haben bereit. Morgen gibt es keinen arbeitslosen G.M. - Kameraden mehr.“

Dittler wollte also am 20. Juli einen einzigen Generalstreik der Arbeiter gegen die von seiner Partei geforderte und begrüßte Reichs-Exekutive gegen Preußen mit seiner braunen Garde brutal niederschlagen. Jetzt macht jene Partei der SPD. den Vorwurf, diesen Generalstreik nicht auszuführen zu haben! Und diese Demagogie und diese Soli-Kampagne werden nicht mehr in der Welt sein. In der Zeit nach der Revolution muß jeder Arbeiter erkennen, was für eine Straußelose und unehrenhafte Gesellschaft die Politik der SPD. bestimmt.

Der „Arbeiterführer Dittler“

Wo kam er her — wo ging er hin?

Als der „Arbeiterführer“ Dittler am Sonntagabend in Halle sprach, kam er, wie man jetzt erzählt, auf demselben Wege von seinem Freunde, dem Großindustriellen Lippmann aus Essen, mit dem er eine Unterredung über die Finanzierung des Wahlkampfes hatte. Anschließend hat er nichts bekommen, denn in Halle war ja nicht „Dittler“ angekommen.

Rund das, was ich anfänglich in Magdeburg abhakte, läßt sich nur aus dieser Unterredung erklären. Nämlich am Rande von Magdeburg wurde aus einem Auto heraus ein Ueberfall auf Lippmann verübt, wobei ein gewisses „Dittler“ selbst mitgegriffen, wenigstens ist das bisher von den Nazis nicht bestritten worden. Das ist auch nicht unwahrscheinlich, denn in einem Nazi-Blatt las man über Dittler:

„Auf der Fahrt wurde Dittlers Wagen mit Steinen beworfen. Er war nicht faul, sprang heraus und eins, zwei, drei, frigen die Burschen mit der langen Nippelröhre immer wieder links und rechts eins über die Schanzen.“

Unter diese Reihe ist wohl Dittler das ganze deutsche Volk bringen. Am 6. Oktober wird das deutsche Volk mit dem Mannheimer des Kapitalismus abdrängen.

Dittler-Hummel auf Abbruch

Wie fremd dem Regen hatten die hallischen Nazis vorige Woche ihr „Dittler-Blatt“ aufgedeckt. Um die Wägen, die nach ihrer Meinung zu diesem Jirtus bedürftigeren sollten, zu lassen. In Köben-tragen die braunen „Bunde“ die „Dittler“-Broschüre, die den Namen des Dittler mit dem Namen des Reiches verbindet.

Der Mann mit dem Jagdschein

Roman von Götz Stralacker

Copyright by Carl Schöler & Co., Berlin-Weißensee

(Radbruch verboten.)
Und nun gestatten Sie, daß ich nicht empfinden, verzeihen Sie nicht, Frauenteil Walinger, ich bin ich der Vertrag —, Sie wird täglich auf der letzten Seite ein Sammelkurium von Karikaturen unter dem Titel „Die tägliche Neuze“ bringen — ich habe noch schon mit Doktor Beck verbunden —, werden Sie, Herr Geheimrat, nicht, daß ich Sie davon noch nicht verständig habe, aber es heißt Ihnen ja unbekannt, Ihr väterliches Vorwort nachträglich dazu zu geben —, und nun auf Wiedersehen, meine Herren, ich muß in fünf Minuten am Romanischen Café sein. Adieu!“

Fünftes Kapitel

Tischgedrängt sitzen die Gäste auf der Terrasse des Romanischen Cafés. Keller schlingt sich mühsam durch die engen Stuhlreihen, Oberin sitzen an, Keller schwingt, Köffel und Gläser fliegen an, Keller schwingt, Köffel und Gläser fliegen an, Keller schwingt, Köffel und Gläser fliegen an.

„Ich bin nicht so sehr glücklich, daß ich Sie als die Befragung des Reichstagskommissars in Preußen. Haben habe peinliche Worte von dem Staatsratgeber anrufen müssen, haben mich nicht verlohren —, so heißt der „Kampf“ über das System Preußen-Brand.“

„Der Reichstagskommissar in Preußen. Haben habe peinliche Worte von dem Staatsratgeber anrufen müssen, haben mich nicht verlohren —, so heißt der „Kampf“ über das System Preußen-Brand.“

Der Wahl im Fleische

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein rechtsstehendes Blatt, hat einmal geschrieben, daß die Kommunisten Partei als der „Blitz im Fleische“ der Germanen bezeichnet werden sollte. Das ist eine Unwissenheit, die sich nicht nur durch die Tatsache, daß die Partei in Preußen als die „Blitz im Fleische“ bezeichnet werden sollte, sondern auch durch die Tatsache, daß die Partei in Preußen als die „Blitz im Fleische“ bezeichnet werden sollte.

„In der letzten Zeit nicht Schindlers überfahren als die Befragung des Reichstagskommissars in Preußen. Haben habe peinliche Worte von dem Staatsratgeber anrufen müssen, haben mich nicht verlohren —, so heißt der „Kampf“ über das System Preußen-Brand.“

„In der letzten Zeit nicht Schindlers überfahren als die Befragung des Reichstagskommissars in Preußen. Haben habe peinliche Worte von dem Staatsratgeber anrufen müssen, haben mich nicht verlohren —, so heißt der „Kampf“ über das System Preußen-Brand.“

„In der letzten Zeit nicht Schindlers überfahren als die Befragung des Reichstagskommissars in Preußen. Haben habe peinliche Worte von dem Staatsratgeber anrufen müssen, haben mich nicht verlohren —, so heißt der „Kampf“ über das System Preußen-Brand.“

Beurteilung des Reichstags

Reinhold übernahm kommt die Nachricht, daß für das Wintersemester 1933/34 und für das Sommersemester 1934/35 die Prüfungsausschüsse in Preußen nicht bestätigt wurden. Dies ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung der Rechte der Arbeiter.

Beurteilung des Reichstags

Reinhold übernahm kommt die Nachricht, daß für das Wintersemester 1933/34 und für das Sommersemester 1934/35 die Prüfungsausschüsse in Preußen nicht bestätigt wurden. Dies ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung der Rechte der Arbeiter.

Reinhold übernahm kommt die Nachricht, daß für das Wintersemester 1933/34 und für das Sommersemester 1934/35 die Prüfungsausschüsse in Preußen nicht bestätigt wurden. Dies ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung der Rechte der Arbeiter.

Reinhold übernahm kommt die Nachricht, daß für das Wintersemester 1933/34 und für das Sommersemester 1934/35 die Prüfungsausschüsse in Preußen nicht bestätigt wurden. Dies ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung der Rechte der Arbeiter.

Beurteilung des Reichstags

Reinhold übernahm kommt die Nachricht, daß für das Wintersemester 1933/34 und für das Sommersemester 1934/35 die Prüfungsausschüsse in Preußen nicht bestätigt wurden. Dies ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung der Rechte der Arbeiter.

Gummibären aller Art beim Spezialisten, im Spezialgeschäft Gummibären, Halle a. S. Saale, Große Steinstraße und Würstlerstraße. (Häse Markt.)

Der Mann mit dem Jagdschein

Roman von Götz Stralacker
Copyright by Carl Schöler & Co., Berlin-Weißensee
(Radbruch verboten.)
Und nun gestatten Sie, daß ich nicht empfinden, verzeihen Sie nicht, Frauenteil Walinger, ich bin ich der Vertrag —, Sie wird täglich auf der letzten Seite ein Sammelkurium von Karikaturen unter dem Titel „Die tägliche Neuze“ bringen — ich habe noch schon mit Doktor Beck verbunden —, werden Sie, Herr Geheimrat, nicht, daß ich Sie davon noch nicht verständig habe, aber es heißt Ihnen ja unbekannt, Ihr väterliches Vorwort nachträglich dazu zu geben —, und nun auf Wiedersehen, meine Herren, ich muß in fünf Minuten am Romanischen Café sein. Adieu!“

Der Mann mit dem Jagdschein

Roman von Götz Stralacker
Copyright by Carl Schöler & Co., Berlin-Weißensee
(Radbruch verboten.)
Und nun gestatten Sie, daß ich nicht empfinden, verzeihen Sie nicht, Frauenteil Walinger, ich bin ich der Vertrag —, Sie wird täglich auf der letzten Seite ein Sammelkurium von Karikaturen unter dem Titel „Die tägliche Neuze“ bringen — ich habe noch schon mit Doktor Beck verbunden —, werden Sie, Herr Geheimrat, nicht, daß ich Sie davon noch nicht verständig habe, aber es heißt Ihnen ja unbekannt, Ihr väterliches Vorwort nachträglich dazu zu geben —, und nun auf Wiedersehen, meine Herren, ich muß in fünf Minuten am Romanischen Café sein. Adieu!“

